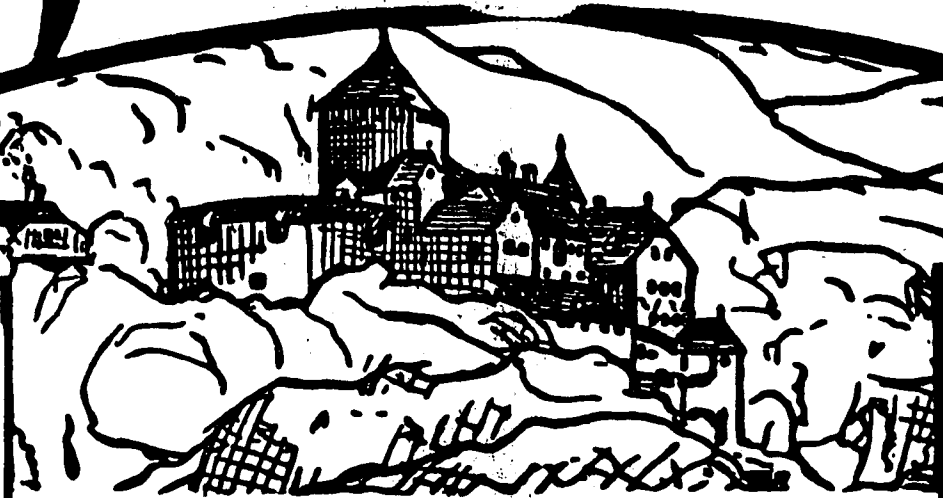


Liechtensteiner Volksblatt



Bezugspreise: Inland und Schweiz jährlich Fr. 11.—, halbjährlich Fr. 5.50, vierteljährlich Fr. 2.80 (Postschick IX 2988). Oesterreich (Postschick-Ronto D 111,689) und Deutschland halbj. Fr. 7.50, vierteljährlich Fr. 3.80. Das übrige Ausland halbj. Fr. 8.50, vierteljährlich Fr. 4.80. Amerika ganzj. Fr. 20.—. Postamtlich bestellt 80 Rp. Zuschlag. Bestellungen nehmen entgegen: Die nächstgelegenen Postämter, die Verwaltung des Volksblattes in Vaduz, in der Schweiz auch die Buchdruckerei Au (Rheintal) Tel. Nr. 81.60. Schriftleitung: Schaan, Telefon Nr. 55. Verwaltung Vaduz, Telefon Nr. 48.

Anzeigenpreise: die 1spaltige Col.-Zeile
Inland 10 Rp. 20 Rp.
Angrenz. Rheintal (Sargans b. Genem.) 15 " 20 "
übrige Schweiz 18 " 25 "
Ausland 20 " 35 "
Anzeigenannahme für das Inland und Feldkirch:
Verwaltung des Blattes in Vaduz, Tel. Nr. 48;
für das Rheintal, Schweiz und übriges Ausland:
Schweizer Annoncen A.G.
St. Gallen, Tel. Nr. 85.30; und übrige Zweiggeschäfte.

Organ für amtliche Kundmachungen

Politische Bekenntnisse.

V. G. Wie mindestens unehrlich bei uns oft zu politisieren versucht wird, beweist das Argument einer gegnerischen Presse, das behauptet, daß ein Unvermögen der Behörden darin bestünde, die „angeblich guten Beziehungen zur Schweiz“ nicht im Interesse der Arbeiterschaft ausbauen zu können. Diese Argumentation ist in erster Linie eine Gemeinheit den Behörden gegenüber, dann aber geradezu eine Perfidität gegenüber der heute gegen die Arbeitslosigkeit schwer ankämpfenden nachbarlichen Schweiz selber. Wir in Liechtenstein sind froh, wenn wir unsere Arbeiter in der Schweiz unterbringen können, die Behörden nehmen bei jeder Gelegenheit Bedacht darauf, die Interessen der Arbeiterschaft zu wahren, und dementsprechend auch Arbeitskräfte in der Schweiz unterzubringen. Wenn man aber lesen muß, daß die Schweiz selbst im April noch rund 30,000 arbeitslose Bauarbeiter aufzuweisen hatte und diesen arbeitslosen Bauhandwerkern täglich über 100,000 Franken Arbeitslosenunterstützung ausfolgen muß, muß eine solche Begründung entweder als Gemeinheit oder als eine Unfähigkeit bezeichnet werden, die wirkliche Lage zu erkennen. Wenn schon, dann hätte bei Abschluß des Zollvertrages nicht nur freie Einreise in die Schweiz, sondern auch freie Annahme der Arbeit im Gebiete des Bundes und der Kantone besorgt werden müssen. Dem Landtag schwebte das zwar vor in der Debatte über den Abschluß des Zollvertrages, wenn er falsch informiert war oder das Ding nicht ganz zu überschauen vermochte, ist das zumindest nicht die Schuld der heutigen Behörden. Es hätte die Festlegung für unbedingte Zulassung liechtensteinischer Arbeitskräfte auf dem schweizerischen Arbeitsmarkt vor oder bei Abschluß des Zollvertrages getroffen werden müssen.

Wie steht es aber in Wirklichkeit? Am 28. Dezember 1923, also vor Inkrafttreten des Zollvertrages, wurde folgende Vereinbarung über die Regelung der fremdenpolizeilichen Beziehungen zwischen der Schweiz und Liechtenstein in Bezug Aufenthalt und Arbeitsannahme geschlossen:

„Die vertragsschließenden Teile sind ferner darüber einig, daß unter Berücksichtigung der durch den Zollanschluß des Fürstentums geschaffenen Lage jeder der beiden Staaten den Angehörigen des andern

Staates Aufenthalt zum Zwecke der Arbeitsannahme nicht verweigern wird, wenn nicht besondere Verhältnisse dieses rechtfertigen.“

Was sind nun besondere Verhältnisse? Zu diesen wird nun von den schweizerischen Kantonen die wirtschaftliche Krise mit dem Meer der Arbeitslosen gezählt, das von ihnen täglich unterstützt werden muß. Wenn heute gegen diese Maßnahmen in der gegnerischen Presse polemisiert wird, dürfen wir mit Fug und Recht behaupten, daß der Nachsatz in diesem Passus über die Handhabung der fremdenpolizeilichen Beziehungen zum mindesten hätte klarer umschrieben, besser aber weggelassen werden müssen. Was aber dann, wenn schweizerische Arbeitskräfte heute unsere liechtensteinischen vom Arbeitsplatz in Liechtenstein ohne weiteres verdrängen könnten? — Wenn man schon kritisiert, so soll die Kritik so beschaffen sein, daß sie beiden Teilen gerecht wird. Keineswegs angängig ist aber die Behauptung gegenüber den heutigen Behörden, sie vermöchten die guten Beziehungen zur Schweiz nicht auszubauen, weil die Arbeiterschaft von der Arbeitsannahme auf dem schweizerischen Arbeitsmarkt heute durch die besonderen Umstände zum größten Teile verdrängt ist.

Wir haben zudem sprechende Beispiele schon aus den Jahren der Konjunktur, als noch lange eine Gefandtschaft in Bern amtierte. Man hat in den Jahren seit 1924 schon die Arbeitsannahme in der Schweiz verweigert bekommen. Der besten Beweis hierfür liefert das Vorstelligwerden der Regierung des Fürstentums in Bern bereits im Jahre 1927, wo sie sich bemüht fühlte, über diesbezüglich aufgetauchte Schwierigkeiten in Bern Einsprache zu erheben. Es tauchte in Liechtenstein also damals schon die Erkenntnis auf, daß die Arbeitsannahme in der Schweiz mit unüberwindlichen Schwierigkeiten zu kämpfen habe. Damals waren die Jahre der aufsteigenden Konjunktur, heute greift die Krise bereits derart in die schweizerische Wirtschaft ein, daß zu Beginn des Jahres 1936 nahezu 100,000 Arbeitslose in d. Schweiz gezählt wurden, während sie im Jahre 1927 eine Arbeitslosigkeit sozusagen nicht kannte. Wir haben zwar ein sehr großes Interesse daran, daß die Eidgenossenschaft möglichst viele Arbeiter aufnimmt u. dürfen mit Recht wohl auch ein besonderes Entgegenkommen erhoffen, daß dies aber nur bis zu einem gewissen Grade erreichbar sein wird, dafür sprechen die Vertragsbestimmungen und auch die

verständnis urteilende Gerechtigkeit gegenüber der Schweiz selbst. Im übrigen aber erlaube ich mir den Satz beizufügen, daß die Opposition, die heute zum größten Teile aus den Leuten vor 1928 besteht, ihr Unvermögen nicht nur in der Unterbringung liechtensteinischer Arbeiter, sondern auch in ganz andern Dingen bewiesen hat, die weniger staatspolitische Kunst als vielmehr ehrliche Staatsführung und senkrechte Verantwortlichkeit dem Volke gegenüber erfordert hätten. Diese Mängel aber waren es, die dem Lande soviel Verpflichtungen aufladen, daß heute in Liechtenstein eine Arbeitslosigkeit überhaupt besteht. Wir führen nur an, daß der Staat bis heute an Verzinsungen und Amortifikationen von Staatsschulden rund 3,300,000 Franken gezahlt hat. Es ist dies eine Summe, die reichlich ausreichen würde neben den gewöhnlichen Bauten im Lande soviel zu schaffen, daß ein Arbeitsloser in Liechtenstein heute noch nicht gekannt würde. Nicht nur den Binnenkanal, noch eine Menge anderer Bauten hätten mit diesem Gelde beglichen werden können u. könnten in längere Zukunft noch beglichen werden. Es steht deshalb den Leuten um das „Waterland“ herzlich schlecht an, mit dem Zeigfinger auf die heutigen Behörden und das „Volksblatt“ zu deuten, wenn sie die Vertragsbestimmungen mit d. Schweiz nicht ändern können, während sich die vom „Waterland“ nun vertretene Opposition in der Verwaltung derart unfähig zeigte, daß dem Arbeiter das ihm eigentlich für Arbeit zugehörige Geld entzogen und verpulvert werden konnte. Diese Behauptung ist bewiesen, der Arbeiter hat Gelegenheit gehabt, von Tatsachen zu lernen. Heute spürt er es jedenfalls wieder. Aber dennoch wagen diese Leute Behauptungen der Unvermögenheit der liechtensteinischen Regierung auszusprechen, die wirtschaftlichen Beziehungen zur Schweiz auszubauen.

Es ist diese Darstellung ein politisches Bekenntnis erster Güte. Wenn sie dann weiter meinen, es gehe „um Sein oder Nichtsein des Landes“ in ihrem Kampfe um die politische Macht i. Staate, so sehe ich darin noch ein weit größeres Bekenntnis ihrer Unfähigkeit, die wirklichen Bedürfnisse des Landes zu erkennen. Wie sie vor 1928 nicht erkannt wurden, so werden sie auch heute noch verkannt. Wenn die Opposition nicht an der Macht ist, wird es dem Lande verhältnismäßig gut gehen, wie es ihm ergeht, wenn sie die Zügel führt, haben wir reichlich erfahren. Einen Vorgeschmack davon bekam das Land ver-

schiedenemale zu Zeiten der Opposition, ein sprechendes Beispiel des Vertrauens zur Opposition ist der 9. Dezember 1934 gewesen.

Wirtschaftliches aus dem Lande.

Der Landtag hat in seiner letzten Konferenz die Subventionsgesuche aus den einzelnen Gemeinden erledigt. Schon seit langem mußten diese Gesuche zurückgestellt werden, weil ihnen neben den Ausgaben des Landes für die gewöhnliche Bautätigkeit im Lande nicht voll entsprochen werden konnte. Unter diese Gesuche fallen selbstverständlich nicht die, die die Arbeiten betreffen, die auf Grund des Notstandsprogrammes vom Oktober letzten Jahres ausgeführt wurden, sondern lediglich solche, die die Gemeinden früher in eigener Regie durchführten oder noch durchführen. Arbeiten, die seit Oktober letzten Jahres in Durchführung begriffen und nach dem Oktoberprogramm subventionsberechtig sind, erhalten außerdem einen Zuschuß von 30% an die hierfür ausgelegten Arbeitslöhne.

Die vorliegenden Gesuche beliefen sich auf eine Gesamtkostenrechnung von 1,200,000 Fr. Das war eine Summe, die der Staat neben der Bestreitung der Kosten für reguläre Bauarbeiten unmöglich in einer Höhe von 10 bis 20% subventionieren konnte, so gerne das gewiß geschehen wäre. Die 10% von dieser Summe hätten die respektable Summe von 120,000 und 20% eine solche von 240,000 Fr. ergeben. Nebenher sind bekanntlich 120,000 Franken für Subventionen an Gemeinden u. Private laut dem Oktoberbeschluß des Landtages ausgeföhrt, eine für das Staatsbudget des Jahres immerhin ins Gewicht fallende Summe, die neben der Begleichung regulärer Bauarbeiten im Staate aufgebracht werden muß. Weiter erfordert die Zukunft die Ausgaben großer Mittel für die Bautätigkeit im Lande. So konnten diese annähernd 50 Subventionsgesuche nur mit 70,000 Franken bedacht werden, welche Summe nun im nachhinein in die Gemeinden fließen wird.

Den ersten Rang nahmen in diesen subventionierten Arbeiten der Gemeinden die Wasserleitungen und Schulhausbauten ein. Sie werden mit 8% im heurigen Jahre unterstützt, 5% sollen daran im kommenden Jahre ausgeföhrt werden. Einzelne Gemeinden haben bekanntlich an ihre in den letzten Jahren erbauten Wasserleitungen beträchtliche Mittel vom Lande erhalten, im Vorgehen des Landtages sehen wir das Bestreben abgezei-

FEUILLETON 10

Späte Sühne

Roman von E. P. Oppenheim.
Copyright bei Dr. Präger, Pressebienst, Wien.

„Dann waren also Sie der Bursche, der uns damals in die Quere kam! Hölle und Verdammnis, ich hätte gute Lust...“

„Ja, der war ich. Legen Sie gefälligst den Prügel wieder hin, Hilton, hören Sie! Sonst!“

Herbert machte einen Schritt vorwärts und hob seine schwere Reitpeitsche. Hilton zögerte einen Augenblick, dann ließ er das Holz mit einem lästerlichen Fluch fallen.

„Meinetwegen“, brummte er. „Also, was wollen Sie wissen?“

„Sie sollen mir bestätigen, daß Rupert de Vere Sie zu einer falschen Aussage gegen meinen Vater vor dem Kriegsgericht verleitet hat.“

„Freilich war er's, Ihr sauberer Herr Onkel. Wer sonst? Er rief mich zu sich ins Zelt und sagte zu mir: „Hilton“, sagte er, — Oberst Lugton wird Sie fragen, ob wir bedroht waren und mein Bruder deswegen aus

der Front zurückließ. Sie antworten darauf, Sie hätten keinen Feind in unserer Nähe gesehen. Verstanden? Wenn Sie's tun, zahle ich Ihnen jährlich zweihundert Pfund, so lange Sie leben.“

„Topp, Herr Leutnant, sagte ich, Sie können sich auf mich verlassen. Und so war's denn auch nachher.“

Herbert warf einen Blick über die elende Behausung.

„Und die zweihundert Pfund? Was ist aus denen geworden? Hier sieht's nicht danach aus!“

Eine Sturzflut von Verwünschungen war zunächst die Antwort, die Herbert empfing.

„Nicht nach einem roten Pfennig sieht's hier aus“, schrie sodann Hilton, kreideweiß vor Wut. „Aus ist's mit den zweihundert Pfund. Schon seit Jahren. Weil ich ein dämliches Kindvieh war. Sicherstellen hätte ich mir den Zauber lassen sollen. So aber... — Als wir nach England zurückkamen, nahm er mich als Diener an. Das dauerte aber nicht lange. Ich war ihm nicht fein genug. Dann trank ich öfter einen über'n Durst. Als ich ging, nahm er mir das Wort ab. keinem Menschen was über die Sache zu flüstern, sonst gab's keinen Draht mehr. Einmal flüsterete ich was. Zu seinem neuen Diener. Na,

da war der Krach da. Nicht einen Batzen hat er seither herausgerückt.“

„Ich werd' Sie eben verpfeifen“, sagte ich zu ihm, als er nichts locker machen wollte.

„Schön, verpfeif mich nur“, sagte er zu mir. „Kein Mensch wird einem solch verpoffenen Schwein, wie du bist“ — ja, ja verpoffenes Schwein, das sagte er zu mir, der Salunke —, „ein Wort glauben, und hinterher werde ich dich noch wegen Erpressung ins Ritzgen bringen.“

„Sehen Sie, da hatte er mich beim Schlafittchen. Mir ging's damals schon dreckig, u. er war ein feiner Herr. Dagegen kann unsereiner nicht an. Dann rutschte ich eben immer weiter bergab; ich kam hieher, weil ich hoffte, ihm einmal in einem dunklen Wald zu begegnen, aber er läßt sich ja nicht blicken.“

„Und Sie wurden ein Wilddieb“, bemerkte Herbert trocken.

„Das habe ich nicht gesagt“, entgegnete der andere verstockt. „Was sonst wollen Sie von mir?“

Herbert dachte nach. Was wollte er noch von dem Mann? Ja, wollte er überhaupt etwas von ihm? Rupert de Vere hatte ganz recht. Was immer auch sein Diener, ein heruntergekommener, übel beleumdeter Mensch, aussagte, es konnte nicht an ihn herankom-

men. Immerhin... „Können Sie nicht etwas Licht machen?“ fragte er. Hiltons Frau, die als stumme, wenig interessiert Zuhörerin die Vorgänge verfolgt hatte, holte einen Kerzenstumpfen hervor. Herbert schrieb das Geständnis Hiltons auf einem Blatt Papier nieder und reichte es diesem zur Unterschrift.

„Wenn's ihm was schadet, tu ich's“, knirschte Hilton.

„So, und jetzt sagen Sie mir, junger Herr, ob Sie mich den Bütteln ausliefern werden, und wie in des Teufels Namen Sie mich aufgestöbert haben?“

„Das war einfach. Ich sah Sie vor ein paar Tagen hier aus der Hütte treten und erkannte in Ihnen einen der Wildiebe aus der Fasanerie. Deshalb stellte ich Nachforschungen an. Im Dorfe erfuhr ich, daß Sie Hilton heißen und bis vor ein paar Jahren bei Rupert de Vere im Dienst standen. Anzeigen werde ich Sie nicht, aber Abrechnung anderer Art mit Ihnen halten.“

„Wie meinen Sie das?“

„Das werden Sie gleich sehen“. Herbert wandte sich Hiltons Frau zu, die neben dem Herd auf dem Boden hockte.

„Es geht Ihnen nicht gut, augenblicklich?“ fragte er.